

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1922

217 (11.5.1922) Mittagausgabe

Seitens-Briefe: An Karlsruhe: Am Verlage und in den Abteilungen abholt monatlich M. 25.—, drei aus Haus geliefert M. 30.—. Von unseren Abonnenten bezogen M. 29.—. Durch die Post einzeln Auftragsbuch M. 29.—. Einzelnummer 1 Mark.

Badische Presse

und Handels-Zeitung. Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volk u. Heimat

Eigentum und Verlag von Ferd. L. Hergarten. Chefredakteur: Dr. Walter Schneider. Verantwortliche Redakteure: Für deutsche und badische Volkst.: W. Volzinger, für Auslandspolitik: A. Schmitt, für Theater, Kunst und Wissenschaft: A. Dunsch, für lokale Angelegenheiten u. Sport: H. Wolter, für die Handelszeitung: A. W. Dr. W. Schneider, für Anzeigen: H. Müllerspacher, alle in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meißner. Fernsprecher: Geschäftsstelle: Nr. 36. Redaktion: Nr. 309 und 319. Geschäftsstelle: Brief- und Sammlungs-Edel, nächst Kaiserstraße und Marktplatz. Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 8359.

Zurückziehung der russischen Antwort. — Ueberreichung der deutschen Note in Paris.

Der neue Zwischenfall.

Barthou macht Schwierigkeiten. — Abneigung gegen Polen. — Zurückweisung einer Klage des Saargebiets. — Die Papstnote und Lloyd George.

(Drahtmeldung unseres nach Genua entsandten Sonderberichterstatters Hans von Salsen.) H. Genua, 10. Mai 1922, 9 Uhr abends.

Die bereits fertiggestellte und in ziemlich eingehenden Auszügen bekannt gewordene Note der Russen auf das Memorandum der Alliierten ist heute vormittag nach einem seltsam anmutenden Zwischenfall zurückgezogen worden. Tschitscherin hatte den Text der Note bereits de Jacta zur Kenntnis gebracht und die offizielle Ueberreichung für heute vormittag angekündigt. Der Inhalt der Note wurde sofort Barthou mitgeteilt und da dieser erklärte, sie sei keine geeignete Grundlage für Verhandlungen, legten die Italiener alles daran, die Russen zu überreden, die Note nicht zu überreichen. Als daher heute vormittag Tschitscherin bei Schanzer erschien, gelang es dem italienischen Minister nach einer kurzen Besprechung Tschitscherin zu veranlassen, die Ueberreichung der Note zu verschieben.

Gleichzeitig wurden die Besprechungen Rafowahs mit der Presse auf nachmittags verschoben. Somit haben jene Recht behalten, die behaupteten, daß die russische Antwort keineswegs so friedlich und verständlich ausfallen würde, wie man glaubte. Schanzer muß doch mehr als ein Haar darin gefunden haben, wenn er dem Führer der russischen Delegation geraten hat, die Antwort noch einmal zu überprüfen. Inzwischen haben die einladenden Mächte heute mannigfache Noten und Einkindungen geprüft, die von den verschiedenen Untergruppen und Interessenten und von mit Bedenken erfüllten Mächten eingelaufen sind. Es waren

nicht weniger als 14 Noten, von denen nur vier als der weiteren Behandlung im Schoße der politischen Unterkommission würdig befunden worden sind und zwar 1. die Beschwärde der Bulgaren, dessen Bewohner sich als Ukrainer fühlen und nicht zu Polen kommen wollen, 2. die Note Litauens, die ebenfalls eine Abneigung für Polen haben und die Wilsnafrage in einem für sie günstigen Sinne geregelt haben wollen, 3. die Klage Ungarns bezüglich der Minoritätsgerechtigkeiten und 4. Bulgariens bezüglich der Minderheiten und des Zuganges zum Ägäischen Meer. Diese vier Noten sind, wie gesagt, an die politische Unterkommission weitergegeben worden. Dagegen wurden abgelehnt die Noten Georgiens und Armeniens mit der Begründung, daß sie nichteuropäische Fragen, sondern asiatische Fragen berühren. Doch wird die Klage Georgiens durch die Somjetdelegation vertreten und an die Kreditprüfungskommission überwiesen. Der Protest der sogenannten ukrainischen Volksrepublik wurde als innerpolitische Angelegenheit Rußlands abgelehnt, ebenso die Klage des Saargebietes als vor dem Völkerbund gehörend. Man ging auch über weitere Klagen z. B. ein Kreditbegehren Albanien, Montenegro und der Regierung von Angola hinweg.

Interessant war übrigens die von Barthou verlesene und empfohlene

Note des Papstes.

In großes Erstaunen versetzt die Weigerung Lloyd Georges, die Note, und zwar in der Hauptsache, den dritten Punkt anzunehmen, die die Wiederherstellung und Erhaltung der kirchlichen Güter für die Kultusgemeinschaft fordert. Das ist eine Forderung, die im gegenwärtigen Augenblick für Rußland heikel und vom hl. Stuhl schon zurückgezogen worden ist.

Die Konferenztrife.

Unbefriedigende Lösung der Russenfrage. — Eine neue Konferenz unter Teilnahme Amerikas?

A. London, 10. Mai. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) In dem dem Außenministerium nahestehenden Kreisen ist man der Ansicht, daß durch die neuerliche Wendung in Genua eine befriedigende Lösung der russischen Frage auf der Konferenz unmöglich sei. Lloyd George sei zur Zeit damit beschäftigt, die bis jetzt erzielten Resultate zusammenzufassen und die Russen dahin zu bringen, daß sie zu neuen in kurzer Zeit bevorstehenden Verhandlungen ihre Zustimmung geben sollen. Auf dieser neuen Konferenz würde es sich darum handeln, die in Genua unerledigt gebliebenen Angelegenheiten aus neue anzuschneiden, wobei die Ausnahme der Vereinigten Staaten eine besondere Rolle spielen werde.

Wird Frankreich vernünftiger?

J. Paris, 10. Mai. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Während die Berichte der französischen Korrespondenten in Genua eine gewisse Zuversicht zur Schau tragen und trotz der Verzögerung in der Uebergabe der russischen Antwort ziemlich übereinstimmend betonen, daß man in Genua die Gefahr eines vorzeitigen Endes der Konferenz nunmehr als beendet ansehe, warnen die Blätter vor einem übermäßigem Optimismus. Sie betonen, daß die französische Regierung nach wie vor enthieltlichen ihren Standpunkt in der Frage des liquidierten Privateigentums aufrechtzuerhalten. Hier wird es als wahrscheinlich angesehen, daß Belgien mindestens dem Drängen der englischen und italienischen nachgebend sich zu einem Kompromiß bereitfinden lassen werde. Trotzdem ist man in hiesigen gut unterrichteten Kreisen der Ansicht, daß die französische Regierung es unter keinen Umständen mehr zu einem Bruch kommen lassen und sich voraussichtlich mit der Ueberweisung des Artikels 67. des Memorandums an ein internationales Expertenkomitee zufrieden geben will.

U. Stuttgart, 11. Mai. (Drahtbericht.) Infolge kommunistischer Gewaltmaßnahmen hat die Daimler-Motoren-Gesellschaft ihren Betrieb auf 6 Wochen geschlossen.

Italien und das Petroleumabkommen.

Verteilung der deutschen Konzessionen in Rumänien. — Amerika verlangt gleiches Recht für alle. — Deutsch-italienische Auswandererfragen.

(Drahtmeldung unseres nach Genua entsandten römischen Berichterstatters.) Rp. Genua, 10. April.

Wie den italienischen Blättern gemeldet wird, tritt Italien in das zwischen England und Frankreich in San Remo abgeschlossene Petroleumabkommen ein. Bekanntlich hat es seinerzeit hierzulande große Unzufriedenheit erregt, daß Italien bei diesem Abkommen leer ausgegangen war. Umso größer ist jetzt die Befriedigung, daß in dieser für die Rohstoffversorgung des Landes so wichtigen Frage die italienischen Wünsche nunmehr Erfüllung finden werden. Der Vertrag hatte festgesetzt, daß England und Frankreich sich gegenseitig in der Ausbeutung der ehemaligen deutschen Konzessionen in rumänischen Petroleumquellen und bei Erwerbung neuer unterstehen und daß die Aktien der derzeitigen deutschen Konzessionsinhaber gleichmäßig geteilt und die Regierungen ihre Staatsangehörigen bei den vorhandenen Petroleumkonzessionen unterstützen würden. Ferner wurde der französischen Regierung 25 Prozent der Gewinnung an den englischen Petroleumlagern in Mesopotamien garantiert. An diesen Bedingungen soll Italien als dritter Staat teilnehmen. Was die grundsätzliche Haltung der Vereinigten Staaten in der Petroleumfrage betrifft, so werden diese nach einer offiziellen Mitteilung keinem Projekt zustimmen, das nicht den Grundsatz der offenen Tür und des gleichen Rechts für alle anerkennt.

Ein deutsch-italienischer Vertrag betreffend Auswandererfragen ist soweit fertiggestellt, daß der Entwurf nunmehr den deutschen Arbeiterorganisationen zur Begutachtung vorgelegt wird. Hiernach wird die Unterzeichnung erfolgen.

Die Botschafterkonferenz.

Der Waffenfund in Oberösterreich. — Deutschlands Schadenersatz für Zeppeline.

J. Paris, 10. Mai. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die Botschafterkonferenz ist heute vormittag im Palais de la Paix zu einer Sitzung zusammengelassen, an der auch Marshall Foch und General Weigand teilnahmen. Die Konferenz nahm Kenntnis von den Berichten der interalliierten Kommission für Oberösterreich über den jüngsten Waffenfund. Diese Berichte wurden an die interalliierte Kommission in Berlin weitergegeben. Außerdem hat die Konferenz die Höhe des Schadenersatzes festgesetzt, auf den die Vereinigten Staaten Anspruch haben als Ersatz für die Zeppeline, die die deutsche Regierung gemäß dem Friedensvertrage an Amerika zu liefern gezwungen war, die aber in Deutschland zerstört worden sind, um die Auslieferung zu verhindern.

Die Kommunisten gegen militärische Maßnahmen.

J. Paris, 11. Mai. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Der kommunistische Bundestag hat eine antimilitärische Kundgebung angekündigt, falls die Alliierten mit neuen militärischen Maßnahmen gegen Deutschland nach dem 31. Mai vorgehen sollten. Es wurde ein Ausschuss ernannt, der mit dem Hauptvorstand die zu ergreifenden Maßnahmen beraten soll. Auf der am 11. Mai stattfindenden Tagung des Bundestages soll der Ausschuss Bericht erstatten. Diese Haltung der Kommunisten, so schreibt der „Temps“, ist eine Folge des Vertrages von Rapallo, denn Deutschland wird fortan als ein Verbündeter Rußlands angesehen werden. Also auch die französischen Kommunisten zögern nicht, für Deutschland gegen Frankreich Partei zu ergreifen.

Belgiens Vermittlerrolle in der Allianztrife.

Der englische Königsbesuch in Brüssel. — Besprechungen zwischen König Georg und dem belgischen Ministerpräsidenten.

u. Brüssel, 10. Mai. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Wie die hiesigen Blätter berichten, hat der englische Königsbesuch in Brüssel die Ansicht aufkommen lassen, daß Belgien wegen seiner einst guten Beziehungen zu Frankreich die Vermittlerrolle zwischen Frankreich und England übernehmen soll, um die zwischen den beiden Mächten bestehende Spannung zu mindern. In der Hauptsache soll durch eine belgische Aktion eine Ueberstimmung zwischen England, Frankreich und Belgien in der Angelegenheit der russischen Frage angebahnt und verhindert werden, daß Beschlüsse gefaßt werden, die die Beziehungen der drei Staaten zueinander lockern könnten. Von besonderer Seite verlautet, daß König Georg mit dem belgischen Ministerpräsidenten eine längere Unterredung hatte, die sich auf die einzuleitenden Schritte bezog. Ministerpräsident Theunis hat unverzüglich Poincaré davon in Kenntnis gesetzt und ihn von der Unterredung mit König Georg unterrichtet. Die Blätter berichten, daß sich Präsident Millerand nach Utrecht begeben werde, um das englische Königspaar vor seiner Rückreise nach England zu begrüßen. König Georg verließ dem belgischen Ministerpräsidenten Theunis und Jaspars das Großkreuz des Ordens vom hl. Michael und Georg.

Rücktritt des österreichischen Finanzministers.

Hbg. Wien, 11. Mai. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Im Finanz- und Budgetauschuß wurde gestern über den Mißbilligungsantrag der Sozialdemokraten gegen den Finanzminister verhandelt. Finanzminister Dr. Girtler verteidigte seine Verordnung in einer langen Rede. Die Sozialdemokraten erklärten jedoch, ihren Antrag aufrecht zu erhalten, während die Christlich-Sozialen den Finanzminister unterstützen. Schließlich wurde der Mißbilligungsantrag mit dem Stimmen der Sozialdemokraten und der Großdeutschen gegen die der Christlich-Sozialen in einem Verhältnis von 14:12 angenommen. Finanzminister Dr. Girtler hat infolgedessen seine Demission gegeben. Mit Rücksicht auf die Verhandlungen in Genua wurde Bundeskanzler Schöberl mit der provisorischen Leitung des Finanzministeriums betraut.

Die Antwortnote der deutschen Regierung.

Erneute Weigerung, neue Steuern zu schaffen. — Verwahrung gegen Eingriffe in die Staatshoheit.

W. Paris, 10. Mai. Die Reichsregierung hat unterm 9. Mai an den Präsidenten der Reparationskommission die nachstehende Note gerichtet, die heute in Paris übergeben wurde:

„Nach den vorangegangenen Besprechungen glaubt die deutsche Regierung aus der Note der Reparationskommission vom 13. April 1922 entnehmen zu können, daß der Reparationskommission, ebenso wie der deutschen Regierung, daran gelegen ist, gewisse Mißverständnisse, die über die bereits gemachten Noten entstanden sind, zu beseitigen und durch vertiefte Besprechungen die Lage auch in sachlicher Hinsicht zu klären. Um diese Arbeiten zu fördern, beehrt sich die deutsche Regierung, folgendes mitzuteilen:

1. Es entspricht der Auffassung der deutschen Regierung, daß es grundsätzlich notwendig ist, die gesamten in Papiermarkt entstehenden Staatsausgaben

durch Einnahmen aus Steuern und inneren Anleihen, ohne Vermehrung der Geldinflation zu decken. Die deutsche Regierung erkennt auch an, daß es notwendig ist, alsbald weitere Schritte für die Durchführung dieses Grundsatzes zu tun; andererseits wird es mit Rücksicht auf die Lage der deutschen Wirtschaft und auf die deutschen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Auslande unumgänglich notwendig sein, daß die erheblichen vom Reiche in ausländischer Währung zu leistenden Zahlungen durch äußere Anleihen beschafft werden. Mit Rücksicht auf die erst in letzter Zeit beschlossene außerordentliche Erhöhung der Steuern

ist es nicht möglich, dem Verlangen der Reparationskommission auf Einführung weiterer Steuern im Betrage von 60 Milliarden Mark vor dem 31. Mai 1922 zu entsprechen. Die deutsche Regierung ist aber bereit, vor diesem Tage der Reparationskommission einen eingehenden Plan mitzuteilen, der das Ziel verfolgt, den eingangs aufgestellten Grundsatze Rechnung zu tragen:

2. Die deutsche Regierung nimmt gern davon Kenntnis, daß die Reparationskommission die Souveränität Deutschlands bei der Feststellung seiner öffentlichen Ausgaben, sowie in den Fragen der Besteuerung und der allgemeinen Finanzpolitik anerkennt. Sie nimmt ferner davon Kenntnis, daß die Reparationskommission den Wunsch hat, die deutsche Regierung bei der Ordnung der Reichsfinanzen zu unterstützen. Sie wird zu diesem Zweck der Reparationskommission alle Möglichkeiten für gewünschte Auskünfte eröffnen. Sie wird deshalb auch für die Dauer der Regelung ihrer Zahlungsverpflichtungen, wie sie die Entscheidung der Kommission vom 21. März 1922 vorsieht, mit der Reparationskommission über die von dieser geplanten gesetzgeberischen Schritte auf dem vorher bezeichneten Gebiete der Finanzverwaltung ins Benehmen treten. Die deutsche Regierung wird sich im übrigen nach Kräften bemühen, den von der Reparationskommission in ihrem Brief vom 21. März ausgeprochenen Bedingungen zu entsprechen. Sie hält indessen an der Auffassung fest, daß

einige dieser Anforderungen unerfüllbar sind. In diesem Zusammenhang bezieht sie sich auf das im Schreiben vom 13. April gemachte Angebot der Kommission, jeden praktischen Vorschlag zu prüfen, welcher von der deutschen Regierung zur Behebung der Schwierigkeiten, in denen sie sich befindet, gemacht wird. Da wegen der Konferenz von Genua mehrere Mitglieder der Reichsregierung geraume Zeit von Berlin ferngehalten worden sind, ist es der deutschen Regierung zu ihrem Bedauern nicht möglich gewesen, verschiedene der in dem Briefe vom 21. März geforderten Fristen innezuhalten, und erucht die Reparationskommission, sich mit einer angemessenen Verlängerung dieser Fristen einverstanden zu erklären.

Ueberreichung der Note.

J. Paris, 10. Mai. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Staatssekretär Fischer ist heute mittag in Paris mit dem Warschauer Expreß eingetroffen. Er hat die Antwortnote der deutschen Regierung der Reparationskommission persönlich überreicht.

Ungünstige Aufnahme in Paris?

Dem Verfalltag entgegen. — Keine neuen Verhandlungen?

J. Paris, 10. Mai. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Es hat den Anschein, daß im letzten von Millerand präsierten Ministerrat auch der Fälligkeitstermin der deutschen Reparationszahlungen, der 31. Mai, Gegenstand der Besprechung bildete. Man glaubt, daß die Reise Dr. Hermes und Bergmanns nach Paris nicht das von der deutschen Regierung erwartete Ergebnis, d. h. neue Verhandlungen zeitigen werde. Da Deutschland sich weigert, die geforderten 60 Milliarden neue Steuern einzuführen und der Einsetzung einer Finanzkontrolle zuzustimmen. Man neigt der Ansicht zu, daß die deutsche Antwort nicht befriedigend wird. Gemäß dem Gutachten der Reparationskommission wird Poincaré selbst in den ersten Tagen des Juni die Initiative für eine Zusammenkunft der Alliierten ergreifen, um die Deutschland gegenüber zu ergreifenden Maßregeln zu besprechen.

Ein Wirtschaftsberatungskörper für Bayern.

Mk. München, 11. Mai. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Ein Antrag der Bayerischen Volkspartei, der gestern vom Landtag mit einer Stimmenmehrheit angenommen wurde, verlangt von der bayerischen Regierung die Bildung eines besonderen Wirtschaftsberatungskörpers aus den ersten Sachverständigen der wichtigsten Wirtschaftszweige unter Berücksichtigung der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Verbraucher und Erzeuger aus allen Teilen des Landes. Diese Körperschaft soll über alle wichtigen wirtschaftlichen Fragen gütlichlich gehört werden.

Reichsverkehrsministerium.

St. Bürokratie. — Eisenbahnschmerzen. — Optimismus in den Wandelgängen.

m. Berlin, 11. Mai. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung. (Der Reichstag hat gestern seine erste Sitzung nach den Osterferien abgehalten. Gleich zu Beginn der Sitzung, nachdem Reichspräsident Loebe dem verstorbenen und wegen seiner Fachkenntnisse auch bei den anderen Parteien des Parlaments wohlgeachteten Mehrheitssozialisten Hue den üblichen Nachruf gewidmet hatte, konnte man wieder erkennen, daß in dem republikanischen Deutschland der Paragraph und die graue Theorie noch ausgebreitete Geltung haben als unter dem verflochtenen Regime. Es wurde nämlich mitgeteilt, daß die große Anfrage Dr. Stresemanns betr. die

Gefahr einer Neutralisierung der Rheinlande durch England und Frankreich im Geschäftsordnungswege und in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden soll. Wieder einmal ein Fall, bei dem eine drängende Lebensfrage großer Volksteile, von der ihr zukünftiges politisches und wirtschaftliches Geschick nicht nur sondern auch die enge Verbindung mit dem Vaterlande abhängt, in großer Blindheit dem Schneekengel der Instanzen überwiesen wird, damit die Lösung im nationalen Sinne gewissermaßen im Keime langsam aber sicher erstirbt wird.

Das Plenum trat dann in die Besprechung des Verkehrsstaats ein, dieser Brennpunkt des Reichshaushalts, in der alle Ausführungen unseres wirtschaftlichen Glanzes und unseres de facto unproduktiven Zustandes sich in Ueberflüssigkeit und trübem Glanze sammeln. Bezeichnend ist, daß die Redner der heute zu Wort gekommenen Fraktionen, der Mehrheitssozialdemokraten, des Zentrums, der Deutsch-Nationalen sich darin einig waren, daß es so mit unserer Verkehrspolitik nicht weiter gehen kann, daß insbesondere im Interesse der Steuerzahler endlich einmal

ein Ende mit der ausichtslosen Tarifpolitik des Reichsverkehrsministeriums gemacht werden muß. Aber bis auf den Redner der Deutsch-Nationalen, Dr. Reichert, wußte keiner von ihnen ein Hilfsmittel anzugeben, der sozialdemokratische Redner und der Zentrumsmann wandten sich schließlich gegen den Plan, die Reichseisenbahn in das Regime der Privatwirtschaft zu übernehmen. Fast humoristisch ist der Hinweis des Abgeordneten Dr. Hoesle, weiteren Kreisen bekannt zu geben, daß heute bei der Reichseisenbahn auf 14,8 Beamtenköpfe ein Aufsichtsbearbeiter steht, eine Last, die recht bitter ist.

Von den in der Luft liegenden Probleme des Tages kein leiser Laut! Selbst in den Wandelgängen des Parlaments wird nach außen hin fast stumme Zurückhaltung beobachtet. Man ist in Berlin sichtbar bemüht das zarte Verhältnis der Verständigung zwischen Ost und West, das in dem Rapallo-Vertrag bereits seine Wurzel gefunden hat und dem Dr. Bernes in Paris ein neues Würzchen zu verschaffen beabsichtigt, nicht in seinem Wachstum zu stören. Fast einmütig herrscht Optimismus über die bevorstehenden Verhandlungen in Paris und man glaubt, daß die heute veröffentlichte Antwortnote der deutschen Regierung in Paris nicht für sich abprallen wird wie ihre vielen Vorgänger, zumal sie dem Vernehmen nach die deutsche Reichsregierung vor ihrer Abfassung mit englischen und belgischen Reparationsmitgliedern ins Einvernehmen geseht haben soll. Immerhin wollen wir auch in dieser Frage die Tat entscheiden lassen und nicht vorher vielleicht uns tödlichen Hoffnungen hingeben, die von diesen ab absurdam geführt werden könnten.

Verbot des süddeutschen Kommunistenblattes.

M. Stuttgart, 9. Mai. Wegen eines landesverräterischen Artikels ist das hiesige Kommunistenorgan, die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ gerichtlich beschlagnahmt worden.

Fährlich Hirschfeld gestraft.

M. Berlin, 10. Mai. (Drahtbericht.) Der Fährlich von Hirschfeld, der wegen seines Attentats auf Erzberger zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war, ist für geisteskrank erklärt worden.

Ein Opfer seines Berufes.

W.B. Glogau, 8. Mai. Oberbürgermeister Söthner ist in der Nacht vom Sonntag freiwillig aus dem Leben geschieden. Er war nach 15jähriger erfolgreicher Verwaltungstätigkeit in der Zeit nach dem Kriege schweren Angriffen ausgesetzt, die er nicht mehr ertragen zu können glaubte.

Zufreisende.

Von Eugen Solani.

Die immer teurer werdenden Eisenbahnfahrten werden viele zwingen, von dem bequemen und schnellen Verkehrsmittel der Eisenbahn Abschied zu nehmen und per pedes apostolorum zu reisen. In meiner Jugendzeit — in den sechziger Jahren — war es noch allgemeiner Brauch kleinere Fußreisen — nicht nur Wanderungen der Turner und Schüler — zu unternehmen. Babereisen waren nur den Reichen vorbehalten, Wohlhabende begnügten sich mit Sommerwohnungen und unternahmten hin und wieder kleine Reisen, auf denen, selbst von Frauen, größere Strecken zu Fuß ausgeführt wurden. Nach dem deutsch-französischen Kriege wurde dann das Reisen allgemeiner, aber auch die Eisenbahn nach und nach billiger durch die Extrafahrten. So kamen die Fußreisen in Vergessenheit, und ich erinnere mich nur zweier Fälle, in denen Fußreisende mein Ersäunen hervorriefen. Es war in den achtziger Jahren, als ich im Hause eines bekannten Dresdener Verlegers zugegen war, als ein Dichter aus seiner galizischen Heimat im harten Winter, in zusammengeschälte Tierfelle eingepackt, zu Fuß eintraf, um ein Manuskript zu überreichen. Und Sensation erregte es, als um dieselbe Zeit etwa der Sittigartener Professor Otto Heinrich Jäger, ein Bruder des bekannten „Woll-Jäger“, einen Vortrag in einem großen Saale Dresdens, mit welchem er Propaganda für den Fußsport machen wollte, mit der Mitteilung begann, daß er zwei Stunden vor Beginn des Vortrags zu Fuß von Stuttgart in Dresden eingetroffen sei.

Früher waren solche Fußreisen keine Seltenheit und keine ersäunlichen Leistungen, und selbst, wenn man in Postkutschen und sogar im eigenen Wagen reiste, mußte man oft genug das Gefährt verlassen, um große Strecken weit nebenher zu gehen. Und wer kein Geld für die Postkutsche hatte, machte die Reise ganz selbstverständlich zu Fuß.

So wanderte Eckermann im Jahre 1823 von Hannover über Göttingen und das Werratal nach Weimar zu Goethe, um den Altmeister kennen zu lernen, und so lesen wir in mancher Biographie bedeutender, aber nicht mit Glücksgütern gesegneter Männer des 18. und aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von ähnlichen Fußreisen, abgesehen von allen den zahlreichen Männern, die dem Handwerk angehören und die, ehe sie sich als Meister kehrt machten, ihre Handwerksburschenschaft absolviert hatten. Wenn heutzutage jemand an der Tür um eine Gabe bittet, ist es ein Bettler, meist ein Arbeitsscheuer logar, in meiner Jugendzeit noch kloppten gar nicht selten Handwerksburschen an und baten um einen „Zehrpfennig“, und ich erinnere mich des festesten Eindrucks, den es auf mich machte, wie ich in meiner Jugendzeit einst von einem reichen Fabrikanten ganz ungeniert aus seiner Handwerksburschenschaft plaudern hörte, wie er von Dorf zu Dorf an den Türen angeklopft habe und von seinen Erlebnissen hierbei. Die Handwerksburschen haben längst gelernt, auch von den modernen Verkehrsmitteln Gebrauch zu machen, sie benutzen Eisenbahnen und Rad, um auf ihre neuen Stellen zu gelangen. Ehemalige wanderten sie durch die ganzen Lande, und im Handwerk galt keiner für tüchtig, wenn er nicht seine Jugendzeit „auf der Walze“ zugebracht hatte.

Die badische Regierung und das Schulwesen.

Fortsetzung der Kultusdebatte. — Die Rede des Unterrichtsministers. — Die badische Regierung und die Fremdenindustrie.

Am Freitag nachmittag wird der Präsident die Plenarsitzung früher schließen, um den Landboten die Möglichkeit zu bieten, von der Einladung der Gartenstadt Karlsruhe zum Besuche der Ruppurrer Anlage Gebrauch machen zu können. Die Gartenstadt hat den Landtag bereits wiederholt eingeladen, allein dieser konnte bisher nicht die dafür notwendige Zeit aufbringen. Mit der Möglichkeit einer Sitzung am Samstag vormittag ist nach der Geschäftsliste des Hauses stark zu rechnen.

Ehe der Landtag gestern nachmittag die Kultusdebatte fortsetzte, beantwortete Minister Kemle eine kurze Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Stodt; der Minister war schon seit zwei Tagen zur Beantwortung bereit, allein der Anfrager war zu Beginn der Sitzung nie anwesend. Wie der Minister mitteilte, haben die Hotelbesitzerorganisationen in Baden Lebensmittel in großen Mengen eingeführt; so z. B. sollen nach einer Mitteilung an den Minister bis jetzt bereits 33 Waggons Lebensmittel eingeführt worden sein. Daß unter diesen Voraussetzungen die Preise für Wohnungen in Hotels stark in die Höhe gehen, ist, wie der Minister bemerkte, selbstverständlich. Ob aber, wie es in der kurzen Anfrage heißt, kein Zimmer mehr zu haben sei, müsse das Ministerium in Zweifel ziehen; manche von den in der Presse erschienenen Meldungen über die starken Ueberflutungen Badens mit ausländischen Gästen sei zum mindesten übertrieben, wie sich aus den Nachforschungen der Regierung ergeben habe. Baden habe schon vor dem Kriege ohne Fremdenverkehr nicht bestehen können und gegenwärtig müde es ohne diesen erst recht nicht bestehen können. Die Verteuerung der Lebensmittel könne der Hotelindustrie nicht in der Weise in die Schuhe geschoben werden, wie dies in einem Teil der Presse geschehen sei. Die Absicht der Regierung gehe dahin, die Zulassung der Ausländer zu kontrollieren, durch Gebühren einzuschränken und so dafür zu sorgen, daß die einheimische Bevölkerung nicht stärker unter der Entwicklung leidet, als es den Verhältnissen der gegenwärtigen Zeit entspricht.

Von den noch ausstehenden drei Parteien sprach zuerst der Kommunist Ritter, der der demokratischen Republik keinen Gesinnung abgewinnen kann, dafür aber alles Feil vom Kommunismus erhofft. Seine Bemerkung, die Kommunistische Partei werde im Kampfe um die Erreichung ihres Zieles auch nicht vor der Gewalt zurückweichen, löste im Hause — namentlich auf den Zentrumsbänken — lebhafteste „Oho“-Rufe aus. Nach Schluß seiner Rede hielt ihm der Präsident ob verschiedener maßloser Äußerungen ein Privatimmum über das, was Anstand und gute Sitte heute erfordern.

Für die Deutschnationalen sprach der Abgeordnete D. Rager. Karlsruhe, der, wie er sagte, die Anerkennung nicht unterdrücken kann, daß der Finanzminister und die anderen Minister sehr gute Christen sein müssen, wenn sie zu den großen Sorgen, die sie an und für sich schon haben, auch noch die Sorgen hinzunehmen, die ihnen von den Kirchen hinzukommen. Es seien keine Kleinigkeiten, mit denen die Kirchen gerade in der letzten Zeit wieder an die Staatsregierung herantraten; der Redner freut sich und ist dankbar dafür, daß die Staatsregierung für diese Not verständnis hat, in die die Kirchen ohne ihr Verschulden geraten sind. Die Deutschnationalen treten ein für die Freiheit der Wissenschaft und für die Rechte der Universitäten; nicht einverstanden seien sie aber mit der materialistischen Geschichtsauffassung, die sich vor allem bei der Sozialdemokratie großer Sympathien erfreue. In die Studentenschaft richtete er die Mahnung, sich aller Art von Exzessen zu enthalten, da wir in einer Zeit leben, die ein großes Maß ersten Denkers erfordert. Dafür stellte er den Studenten das Zeugnis aus, daß sie heute fleißiger studieren, als ehedem studiert worden sei. Die Eingabe der medizinischen Fakultäten an den Kliniken verdiene Beachtung. Von den technischen Wissenschaften werde in der nächsten Zeit ebenfalls eine Eingabe an die Regierung einer Entscheidung eingereicht werden; auch diese solle von Regierung und Landtag berücksichtigt werden. Wie bei früherer Gelegenheit, so verlangte der Redner auch gestern wieder die Errichtung eines Lehrstuhles für Pädagogik. Zum Halle Kantorowicz nahm er eine wesentlich andere Stellung ein als die bisherige der Redner. Er meinte, Dr. Föhr habe an seinem einseitigen Zehrer eine Art Höhenwahn vorgenommen; das Licht, in das er den Freiburger Professor gestellt habe, werfe auch Schatten. Umsonst nahm D. Rager den Professor von Below in Schutz. Den Studenten müsse das Recht zugestanden werden, in vaterländischen Fragen ihrer Meinung Ausdruck verleihen zu können. Zurückgehend zu den Einzelheiten des Vortrags bedauerte er, wie dies am Vormittag der Abgeordnete Hofmeier u. a. getan, die Entscheidung des Reichsschiedsgerichts über die Forderung der Zeichen- und Musiklehrer.

Der Aufbauschule steht er sympathisch gegenüber für den Fall, daß sie mehr als Kriegserfolg sein wird, weniger dem sogenannten „Deutschen Gymnasium“, das das humanistische Gymnasium verdrängen wolle. Der Redner erwartet, daß das Fortbildungsgesetz an dem bestimmten Zeitpunkt in Kraft gesetzt wird. Die Erwartung, die man auf die Volkshochschule richtete, habe sich nicht erfüllt, hauptsächlich, weil man nicht das dänische Beispiel nachgeahmt habe. Unser deutsches Schulwesen hat sich eines guten Rufes und eines hohen Ansehens in der ganzen Welt erfreut; um der Zukunft des Volkes willen müssen wir diesen guten Ruf und dieses hohe Ansehen uns erhalten.

Unterrichtsminister Dr. Hummel.

Ehe die erste Rednerreihe vollkommen abgeschlossen war, erteilte der Präsident dem Staatspräsidenten und Unterrichtsminister Dr. Hummel das Wort zu längeren Ausführungen. Er dankte dem Berichterstatter für die verständnisvolle Zusammenarbeit im Haushaltsausgleich, er dankte dem Beamten des Unterrichtsministeriums, der großen Zahl der badischen Lehrer aller Kategorien und auch seinen Mitarbeitern im Ministerium selbst, den letzteren nicht zuletzt deshalb, weil die Arbeitslast im Unterrichtsministerium in den letzten Jahren außerordentlich stark zugenommen hat, ohne daß der Beamtenapparat eine entsprechende Vermehrung und Vergrößerung erfahren hätte. Dann wies Dr. Hummel eine Bemerkung des Kommunisten Ritter zurück, der gelagt hatte, für Kulturaufgaben habe der Staat gar nichts übrig; im vorliegenden Vorschlag besäßen sich die Ausgaben für Kulturbede allein auf 436 Millionen M. Das sei ein Beweis dafür, daß Baden die Bezeichnung „Mutterland“ auch weiterhin für sich in Anspruch nehmen könne. Wenn es gelinge, unsere Fortbildungsschule auf die Höhe zu bringen, dann könne sich das badische Schulwesen wieder auf Jahrzehnte hinaus unter den deutschen Ländern sehen lassen. Das Unterrichtsministerium habe sich niemals bei der Belegung von Stellen von politischen Erwägungen leiten lassen. Große Mittel seien angefordert, um die kirchlichen und religiösen Organisationen in den Stand zu setzen, ihre Diener den heutigen Bedürfnissen entsprechend zu besolden. Der Gegenentwurf über das neue Kirchensteuergesetz sei im Unterrichtsministerium fertiggestellt und dem Staatsministerium zur Beschlußfassung unterbreitet worden, er könne also in ganz kurzer Zeit dem Hause vorgelegt werden. Den Lehrian der Volkshochschule auch noch durch Esperando und eine von der Frau Abgeordneten Unger verlangte Kurzschrift zu befehlen, gehe nicht an und zwar vor allem nicht im Bereich der ungeteilten Unterrichtszeit. Die Anregung der Frau Unger, in das Volkshochschulgesetz Beschlüsse über Sozialgesetzgebung aufzunehmen, sei in Baden schon seit zehn Jahren erfüllt. Die Frage der ungeteilten Unterrichtszeit sei in Betrachtung mit den örtlichen Verhältnissen zu behandeln; wenn das Unterrichtsministerium zu der Ansicht komme, daß in anderen Städten die Verhältnisse ebenso liegen wie in Mannheim, dann werde es auch nachgeben, aber grundsätzlich werde es auf ungeteilten Unterrichtszeit nicht übergeben. In das neue Schulgesetz alle organisatorischen Fragen hineinzuwerfen, dürfe nicht sein, so die Frage der Landesbeiträge, die Regelung der örtlichen Schulpflege und andere. Der Lehrerschaft könne der Minister in Bezug auf eine Reihe von Personalfragen ein gewisses Mitspracherecht heute schon zubilligen; es komme dabei auf das richtige Maß dieser Mitwirkung an. Die Eingabe des Badischen Biologeneriums um die Vermehrung der planmäßigen Stellen finde beim Unterrichtsministerium volle Beachtung; dieses stehe der Forderung durchaus freundlich gegenüber und auch bei der weiteren Erörterung dieser Frage werde der Minister den Versuch machen, sie in einem freundlichen Sinne im Staatsministerium zu behandeln. Auf dem Gebiete des höheren Schulwesens seien keine neuen grundlegenden Organisationen vorzusehen; es liege kein Bedürfnis vor einem Versuch mit den neuen einsprachigen Oberschulen vor, dagegen werde die Frage der Aufbauschule im Zusammenhang mit der Aufhebung der Vorleserhörsäle in Betrachtung kommen. Dem Landtag werde in zwei Wochen die Denkschrift über die Neuordnung der Lehrerbildung vorgelegt, hoffentlich trete dann dieser möglichst bald in eine Aussprache über diese Denkschrift ein. Dem Wunsch der Begabten sei am besten gedient durch eine Hebung des Fachschulwesens. Daher habe das Unterrichtsministerium einen Gegenentwurf über die Neuausbildung für Lehrer an den Fachschulen fertiggestellt und dem Staatsministerium zur Beschlußfassung zugehen lassen. Die Unterrichtsverwaltung sei bestrebt, die Zeichen-, Musik- und Turnlehrer stärker zur Geltung kommen zu lassen, als das bisher der Fall gewesen sei. Mit dem fortschreitenden Verschwinden der Reallehrer werde das Ministerium in die Möglichkeit verkehrt, an ihre Stelle Musiklehrer, Zeichenlehrer einzufügen, außerdem werde es in der Neuaufstellung solcher Stellen nicht zurückfallen. Ferner werde es zu verhindern suchen, daß die kleinen höheren Lehranstalten auf dem Lande

Einem der berühmtesten Fußreisenden aller Zeiten war Johann Gottfried Seume, und sein Buch über seine große Fußreise von Grimma in Sachsen nach Sizilien, die er 1801 unternahm und die neun Monate lang währte und ihn durch Sachsen, ganz Deutschland, Italien, die Schweiz und über Paris nach Leipzig führte; der „Spaziergang nach Syrakus“ gehört zu den klassischen Werken unserer Literatur.

Ein anderer berühmter Fußreisender war der Dikonon in Saalfeld Johann Christoph Gütther, der 1775 mit seiner vorgeleiteten Schwärze in Streit geriet, sein Amt niederlegte und ungeheure Fußtouren unternahm. Er wanderte durch ganz Europa, kam bis nach Afrika, Nordamerika, Westindien, Südamerika, Scheldt, Persien, die Tartarei und China und kam noch in viele andere Länder, wobei er außer auf der See niemals ein Verkehrsmitel benutzte. Er hat drei starke Bände Reiseaufzeichnungen hinterlassen, die aber niemals im Druck erschienen.

Eine andere Art Fußreisende waren die Schnellläufer, die ehedem als Boten von der vornehmen Welt benutzt wurden. Das waren aber Fußreisen, die den Körper aufreiben. Eine internationale Bekanntheit errang in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Norweger Menes Ernst. Als er im Jahre 1818 nach längerer Seefahrt in London eintraf, ergriff er die Gelegenheit, seine unter den Seeleuten bekannte und schon früher gelegentlich erprobte Fertigkeit im Schnelllaufen auf Kosten einiger Weltküstler zu bewähren. Zwei große Dauerläufe, der eine von London nach Portsmouth, der andere von London nach Liverpool, begründeten seinen europäischen Ruhm und brachten die in ihm schlummernde Renntätigkeit zu einer solchen Höhe, daß er seitdem ein paar Jahrzehnte mit der Schnelligkeit des Reiters und mit der Kraftlosigkeit der Schwärze auf gebahnten und ungebahnten Wegen die Welt durchzog. Später kam Menes Ernst Diensten bei dem bekannten Fürsten Bisker-Muskau, der ihn zu Vordiensten von Muskau nach Berlin brachte, welchen Weg Ernst in etwa 14 Stunden zurücklegte, während die Post 24 Stunden brauchte.

Die Eisenbahn machte solchen Rüstern auch ein Ende. Doch haben sich bis in unsere Zeit hinein die Votenfrauen als Verkehrsmittel für kleinere Strecken auch neben den Eisenbahnen noch erhalten, und gewiß wird diese Einrichtung wieder Aufnahme finden, wenn die Teuerung der Eisenbahn Fortschritte macht.

Badisches Landestheater

„Freischütz“ von C. M. v. Weber.

In der gestrigen Wiederholung des Weberischen Meisterwerkes absolvierte Frau Füllich die Vogt als Agathe ihr zweites Gastspiel auf Verpflichtung. Der erste Eindruck, den ihr Gesang in den „Meistersingern“ gemacht hatte, hat sich gestern Abend etwas verbessert; es war immerhin bewundernswert, wie die ohne Frage sehr erfahrenen Künstlerin die Schönheitsfehler ihrer Stimme zu kaschieren verstand. Sie beugte Longebung und Vortrag unter einen gähen Willen und erreichte nicht zu betreitende, unmittelbare Wirkungen. Aber dem Material fehlt der natürliche Glanz und Jugendgemäß, in manchen Lagen ließ sich die Schärfe des Tones nicht verschleiern. Unsere Bühne benötigt durchaus und dringend einer Jugendlich-Dra-

matischen, man kann sich nicht auf Experimente einlassen, es darf nur ein Griff getan werden, aber der muß der rechte sein. Frau Füllich die Vogt kommt trotz manchen schätzenswerten Eigenschaften für Karlsruhe nicht in Betracht.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

f. Erwin Hahn, der Intendant des Rudolfsbader Landes-theaters als Dramatiker. Man hat mit Dramen von Bühnenkünstlern vielfach schlechte Erfahrungen gemacht. Erwin Hahn, der Intendant des Rudolfsbader Landes-theaters, aber erweist sich mit seinem Erfindungsreichtum, der detaillierten Tragödie „Ara“, als so starkes dramatisches Talent, daß seine Dichtung mehr Interesse verdient als seine Bühnenfähigkeit. Das Werk, das durch die Mitwirkung des abgemanteten Defauer Theaters in Verbund zur Aufführung gebracht wurde, soll durch die Defauer auf einer demnach beginnenden Tournee in vielen deutschen Städten dem Publikum übermitteln werden. Es ist ein Vollstück, das die Tragödie des unehelichen jungen Mädchens malt, des aufstrebenden jungen Dinges, das dem gleichen Schicksal entgegengeht, an dem die Mutter zugrunde ging und das der alte Großvater dadurch vor der Schande bewahrt, daß er den Verstorbenen, in dem die Kleine mit ihrem Geliebten schlief, in Brand steckt. Eine Dichtung von außerordentlichem Reichtum und einer erhellenden, fast mittelalterlichen Sprache. Das Drama spielt in der Zeit kurz nach dem dreißigjährigen Krieg. Hahn hat nichts gemein mit den Realisten der vierziger Jahre, aber auch nichts mit den Expressionisten von heute. Er ist durchaus selbstständig, Erregt hier romantischer Anflüge sind die Vorgänge selbst natürlichlich darstellbar. In der Macht der Wirkung und in der Einfachheit der Mittel, mit denen diese erzielt wird, ist das Drama den Dichtungen Otto von Guericke's vergleichbar. Es ist ein Werk, das dem Defauer Oberbürgermeister, in dieser Tragödie um ein Wert gegeben, mit dem er sicherlich in allen Städten ungeschätzte Anerkennung finden wird.

— Koburger Aufführung. Die vieraktige komische Oper „Die gepanzerte Braut“ von A. Haag, Dichtung von Bernad-Brügemann, wurde bei der Aufführung im Koburger Landes-theater mit starkem Beifall aufgenommen. Das Werk betont zu stark das Streng-Moralische, das Akademische; aber es ist immerhin so reich an eigenen Melodien, enthält so schöne Orchesterstücke und ist so sicher instrumentell, daß man auf den Komponisten große Hoffnung setzen darf. Die Dichtung schwankt zwischen Volkstümlichkeit und Pöbel; sie läßt sich durchaus Naturalistisch und auch humorvoll vermissen. Es ist deklamatorisch, daß sich Haag's Musik um dieses Nachwort herumtut.

Ferdinand Wieden, Oberregisseur am Weimarer Staatstheater ist im Alter von 63 Jahren gestorben. Gebürtig Osnabrücker, wirkte er seit 1879 als Opernregisseur in Weimar, wurde 1890 Regisseur der Oper in Weimar, wo er 1890 Regisseur der Oper wurde. Die Oper eines Gedächtnisjahres. Emil Remeisler schrieb im Jahre 1916, er war damals sechzehn Jahre alt, einem Genies, der 3. Teilum der Königin; dieser ist kürzlich im hiesigen Nationaltheater in Prag zur Aufführung gekommen. Das Werk zeigt von großem Talent; es wirkt umfänglich, aber, wie gesagt wird, der junge Mann erst nach der Vollendung seiner Oper geordnete musikalische Studien zu betreiben begann. Die Musik ist Stimmungsmaler, geht stark auf den Reigen Smetanas, doch gibt er genug eigener Prägung. Die Aufführung war gut und der Komponist konnte oft für den gezeigten starken Beifall danken.

M. Technische Hochschule Karlsruhe. Vom Ministerium des Kultus und Unterrichts ist dem Leiter des Arbeitsamtes für Arbeitsvermittlung, Dr. Emil Hecht, für das Sommersemester 1922 ein Lehrauftrag zur Abhaltung einer zweitägigen Vorlesung über Grundzüge der Volkswirtschaftslehre II, sowie von zweitägigen volkswirtschaftlichen Übungen erteilt worden.

angehen; es werde sich bemühen dahin zu wirken, daß, wo einer solchen kleinen Anstalt Gefahr drohe, nach Möglichkeit eingegriffen werde, um zu verhindern, daß diese kleinen Säuglinge für die höhere Bildung verschwinden. Der Unterrichtsminister gibt die Hoffnung nicht auf, daß es nicht die letzten Neubauten gewesen sein werden, die an unseren Hochschulen gebaut worden sind. Diese Bauten wären aber nicht möglich gewesen, wenn nicht private Kreise den Staat in dieser Aufgabe kräftig unterstützt hätten; viele Millionen seien in den letzten Jahren aus verständigen Kreisen freiwillig dem Unterrichtsminister gegeben worden, wofür er den Dank des Landes zum Ausdruck brachte. Immerhin bleiben noch manche Wünsche übrig, die nicht erfüllt werden können. Das Schicksal der Aspiranten und Privatdozenten liegt der Unterrichtsverwaltung sehr am Herzen. Es sei möglich, auf dem Wege der Verhütung hier entgegenzukommen. Der wirtschaftlichen Lage der Medizinalpraktikanten und Hilfsärzten will das Ministerium abhelfen durch Vermehrung der Zahl der Stellen, soweit es in der Macht des Landes stehe. Die Unterrichtsverwaltung begrüßt den Tonus des Werkstudenten. Dann wandte sich der Minister dem Fall Kantorowicz zu. Auch Dr. Hummel hat wie Dr. Föhr diese Angelegenheit von der politischen Seite betrachtet, aber ein Unterrichtsminister soll sich in diesen Dingen mehr als Verwaltungsbeamter, denn als Politiker fühlen und daher hat Dr. Hummel auch nicht den Politiker, sondern nur den Verwaltungsbeamten sprechen lassen. Der Minister ist der Meinung, daß sich Unterrichtsverwaltung und Universität möglichst wenig um die politische Vertretung der Professoren kümmern sollen; er habe das Interesse gehabt, daß das Ansehen der Hochschule durch die Behandlung dieses Falles nicht gefährdet wird. Der Weg, den er dabei eingeschlagen habe, habe diese Gefährdung hintangehalten. Es sei nicht Sache des Senats, die politische Tätigkeit eines Professors in der Öffentlichkeit zu zensieren. Es gehe nicht an, an der nationalen Gesinnung des Professors Kantorowicz zu zweifeln; es sei nicht anzunehmen, daß eine Benachteiligung seiner wissenschaftlichen Zukunft eintreten werde, sollte das aber der Fall sein, dann werde das Unterrichtsministerium dagegen Stellung nehmen. Es sei nicht angebracht, die Universitäten von heute als den Ort der Reaktion zu bezeichnen; man solle dies den Universitäten nicht so lange einreden, bis sie es schließlich wirklich werden. Es sei nicht so, daß die Universitäten der Hort der Reaktion sind. Die Professoren seien die Träger des geistigen Lebens und des geistigen Fortschritts. Die Mehrzahl der deutschen und auch der badischen Hochschullehrer seien durchaus unpolitische Menschen. Von der Beschäftigung mit dem eigenen Spezialfach seien sie meist so stark in Anspruch genommen und so sehr erfüllt von ihrer ganzen wissenschaftlichen Aufgabe, daß sie über die politischen Dinge durchaus nicht in dem Maße unterrichtet seien, in dem es nach außen hin scheinen möchte. Die Mehrzahl der Professoren beschäftige sich überhaupt nicht mit Politik, sondern mit ihrer Wissenschaft. Man solle diese Männer nicht in den Bereich bringen, daß sie der Sitz der Reaktion seien. Auch bei der Studentenchaft sei es nicht so; diese habe manche stürmische Erscheinungen in den letzten drei Jahren gezeigt, allmählich habe sie sich aber beruhigt und wandle nun bessere Bahnen. Auf das Verlangen des Abgeordneten D. Maner auf Errichtung eines Lehrstuhls für Pädagogik antwortete der Minister, an den Universitäten Freiburg und Heidelberg und an der Technischen Hochschule Karlsruhe werde bereits über Pädagogik gelehrt. Am 6. Mai habe ins Besondere eine Hochschulkonferenz stattgefunden, an der auch Baden teilgenommen habe, und da sei beschlossen worden, daß besonders begabte Menschen, die in ihrem Beruf hervorragendes geleistet haben, nach Wegnahme einer besonderen Prüfung zum Hochschulstudium zugelassen werden können. Kurz vor 7 Uhr abends erteilte der Präsident dem Zentrumsabgeordneten Dr. Herzfuß das Wort, der zunächst über das gewerblüche Schulwesen sprach. Im weiteren Verlaufe seiner Rede ersuchte er die Regierung um möglichst handgreifliche Verabschiedung der Prüfungsordnung. Als Beamter einer Handwerkskammer dankte er dem Ministerium für seine bereitwillige Mitarbeit. Wenige Minuten nach 7 Uhr wurde die Weiterberatung auf heute vormittag 9 Uhr anberaumt.

Die Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsnachweise. wurde in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses besprochen. Ein Regierungsvertreter teilte mit, daß zurzeit in Baden 30 Arbeitsämter und 28 Bezirksarbeitsnachweise bestehen. Im Jahre 1920 sind 187 000 Arbeitsvermittlungen vorgenommen worden, ein Beweis, wie notwendig die Arbeitsnachweise sind.

Ein Zentrumsvertreter wünscht die Einstellung einer gewissen Summe für die Vornahme von Berufsberatung, die dringend nötig sei, da im allgemeinen über die einzelnen Berufe, ihre Vorteile und Schattenseiten noch viel zu wenig Kenntnisse im Publikum verbreitet seien. — Darauf entspinnt sich eine längere Debatte über die Arbeitsvermittlung für die Stellen auf dem Lande und in der Stadt. Ein Zentrumsvertreter beklagte sich, daß das Land oft keine Arbeiter erhalten könne, da sich zu wenig Arbeitsuchende für die Tätigkeit auf dem Lande melden. Die Landwirte müßten doch im Allgemeininteresse Arbeiter erhalten. — Ein Vertreter des Landbundes bemerkt, die Industrie nimmt uns auf dem Lande die Arbeitskräfte weg, weil die Löhne, welche die Industrie bezahlt, die Landwirtschaft nicht bezahlen könne.

Der Arbeitsminister erklärte, daß für die Landwirtschaft viele Arbeitskräfte vermittelt worden seien. Verheiratete Arbeiter könnten eben auf dem Lande nicht dauernd Arbeit finden. Sozialdemokratische Vertreter entgegnet dem Zentrumsredner, daß oftmals auf dem Lande selbst für Bauernsöhne keine Verwendung sei. Es seien nicht nur die Löhne der Landarbeiter, sondern auch die Verkaufspreise der landwirtschaftlichen Produkte gefallen.

Ein deutschnationaler Redner beklagt, daß in manchen Industrien gar keine Lehre für die jungen Leute mehr nötig sei; sie erhielten auch als ungelernete Arbeiter entsprechende Löhne. Das sei eine Gefahr für die Industrie. Es wolle ihm von dem unabhängigen Vertreter erwidert, daß nicht einmal alle Lehrlinge an altigen Lehrstellen bekommen könnten. In Mannheim wollten 1500 junge Leute Lehrstellen haben, nur 400 konnten solche erhalten.

Ein sozialdemokratischer Vertreter hatte die Erhöhung der Position von 390 000 M zur Förderung des öffentlichen Arbeitsnachweises auf etwa 1 500 000 M im nächsten Nachtrag verlangt, da die Arbeitsämter große und volkswirtschaftlich außerordentlich notwendige Arbeit leisteten. Der Antrag wurde angenommen.

Tagung der badischen Lokomotivführer.

Am 6. und 7. Mai fand in Mannheim die Hauptversammlung der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, Bezirk Baden, statt. Ueber den Tätigkeitsbericht des Vorstandes fand eine gründliche Aussprache statt. Diese ergab, daß die Gesamtheit der Vertreter mit der Arbeit des Vorstandes, die sich auf das Programm der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten stützt, einverstanden ist. Der bisherige Gewerkschaftsrat wurde einstimmig wieder gewählt. Die Gewerkschaft erteilte im verstohenen Jahre einen ansehnlichen Mitgliederzuwachs. Mit über 3600 Mitgliedern ist das badische Lokomotivpersonal nahezu reiflos in der Gewerkschaft organisiert. Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Kreis Baden von der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer sieht nach wie vor auf dem Standpunkt der Zusammengehörigkeit des gesamten deutschen Lokomotivpersonals auf der Grundlage des bisherigen Gewerkschaftsprogramms. Er steht ferner einmütig auf dem Standpunkt, daß nach nunmehr beendigtom Kampfe ein Strich unter die ganze verflochtene Angelegenheit gezogen werden muß. Wir verlangen, daß die Gewerkschaftsleitung in Berlin klar zum Ausdruck bringt, daß auch wir von der Regierung erwarten, so wie sie es von den Feindesmachten verlangt, loyal behandelt zu werden.“

Es ist unbedingt erforderlich, daß endlich die vom höchsten Beamten, dem Herrn Reichskanzler, gegebene Zusicherung erfüllt und die Maregelungen im Sinne der gemachten Zusage erledigt werden. Um wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen, muß der lokale Verhandlungsweg beschritten werden, wenn der wirtschaftliche Wiederaufbau der Eisenbahn gefördert und nicht gehemmt werden soll.

A. Durlach, 9. Mai. Stadtrat. Zur Vorbereitung der Beschlieung des Stadtrats über die verschiedenen Versicherungsbedingungen für den Krankenhausbau in die Markgrafentafelne wird eine besondere Kommission eingesetzt. — Der vom Stadtrat gemachte Beschlus über die Ausführung des Bauprogramms II (Errichtung von Wohnhäusern an der Auestrasse im Anschlus an das Bauprogramm I) wird vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeinnutzigen Bauvereinskommission genehmigt. Die Arbeiten werden an die vorgeschlagenen drei Architekten vergeben. Durch die Ausführung des Projekts werden 36 Wohnungen gewonnen (12 Zweizimmerwohnungen, 18 Dreizimmerwohnungen und 6 Vierzimmerwohnungen). Auf Grund des vom Bürgerversammlung bewilligten Kredits soll in einem Privatgebude eine Manufakturwohnung auf städtische Kosten eingebaut werden. — Die Preise für die Benützung der städtischen Badeanstalt werden neu festgelegt; den Schülern der hiesigen Lehranstalten wird in widerruflicher Weise gestattet, an den Vormittagen unter Führung der Lehrerschaft die Badeanstalt unentgeltlich zu besuchen. — Die beantragte Aenderung der Friedhofbesuchsordnung wird genehmigt. Die Zustimmung des Bürgerversammlung ist einzuholen. — Zu der vom Bürgervorsteher erstellten ortspolizeilichen Vorschrift, durch welche die Begräbnis- und Friedhofordnung der Stadt Durlach mit einigen Aenderungen auf den städtischen Aue auszudehnen ist, wird die Zustimmung erteilt. — Die mit den hiesigen Krankenkassen getroffene Vereinbarung wegen Erhöhung der Krankentherapiegebuhren und die vorgeschlagenen Gebuhrenliste für die Leibeskrankten werden genehmigt.

(M) Forzheim, 10. Mai. Ein schwerer Diebstahl wurde letzter Tage hier verlast. Aus dem Büro der Fahndungspolizei wurden 8 Silberbarren im Gewicht von je mehreren Kilogramm gestohlen. Die von einem Fabrikdiebstahl herfuhrenden Silberbarren waren f. 31 von der Fahndungspolizei beschlagnahmt und in ihren Räumen aufbewahrt worden.

II. Buehsal, 10. Mai. Tagung des Feuerwehverbandes. Die gestern hier abgehaltene Landesausfuhrung des Bad. Feuerwehverbandes, die von dem Präsidenten, Stadtrat Ueberle, Hebelberg geleitet wurde, war von Vertretern famlicher Kreise besucht. Die Sitzung besate sich u. a. mit den Gebühren für Automobilspritzen bei der Uebernahmehilfe und es wurde mitgeteilt, daß in Bälde ein Abschluß zu erwarten ist, der die gegenseitige Hilfe mit Autospitzen zwischen Baden und Württemberg festsetzt. Der Gebührenregelung für die Kosten, die durch Eingreifen einer Automobilspritze bei einem auswärts zu lösenden Brand entstehen und die ganz betraftlich sind, schloß sich der Landesausfuhrer an. Die direkten Kosten, wie Öl- und Benzinverbrauch, müssen von der die Spritze anfordernden Gemeinde getragen werden, während die indirekten Kosten, wie Abschreibung, Instandhaltung usw. auf die Landesfeuerwehrunderstutzungsstelle fallen. Als nächster Tagungsort wurde Karlsruhe bestimmt, deren Feuerwehren im September ds. Js. das 75jahrige Stiftungsfest feiern.

III. Galsenfeld, 6. Freiburg, 10. Mai. (Selbstmord.) In der Nähe von Hochschirring wurde auf dem Bahnkörper der Hochschirringbahn die Leiche eines etwa 30 Jahre alten Mannes mit abgefahrenem Kopf aufgefunden. Es liegt offenbar Selbstmord vor.

a. Dem Hohenstaufen, 9. Mai. Die Kaiserlanne. Umweit des Ortes Wehr-Salzen in der Nähe der Lindauer Kapelle steht eine der graten Tannen des Schwarzwaldes (wahrscheinlich die größte, nachdem der „Kaiserkonig“ bei Millingen den Naturgewalten keinen Tribut gezahlt), die „Kaiserlanne“. Sie hat unten einen Durchmesser von über 2 Meter und einen Umfang von 5,5 Metern. Die Nachbarn der „Kaiserlanne“ haben 1 bis 1,50 Meter Durchmesser.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 11. Mai.

Die Eischeitigen.

Der Umstand, daß häufig im Mai Kalterisufsturme vorkommen und bis in die Mitte des Monats hinein Nachfroste auftreten, hat den Volksmund veranlaßt, eine Anzahl von Heiligen, deren Namen in den Mai fällt, als Eischeitige zu bezeichnen. Allgemein werden dazu Konstantin, Servatius und Bonifatius gerechnet, die Tage des 12., 13. und 14. Mai. In manchen Orten gilt noch Amerikus (11.) als Eischeitiger und in der alten Sappie (15.) gibt man den unheimlichen Gesellen noch eine weibliche Begleitin. Es wäre aber falsch, anzunehmen, daß die Tage der drei Eischeitigen unter allen Umständen einen kritischen Verlauf nehmen. Die Bezeichnung, die ihnen der Volksmund gegeben hat, soll im wesentlichen feststellen, daß vor Mitte des Mai unsere Saaten und Baumpflanzen vor Frösten nicht gefeit sind. Manchmal treten die Kalterisufsturme sehr plötzlich an den Tagen der Eischeitigen auf, manchmal verpastet, meistens etwas früher. Weer die eigentimliche Naturerscheinung kommt, konnte bisher noch nicht endgültig festgestellt werden. Nach einer Auffassung hängt sie mit dem infolge der milden Witterung stattfindenden Abtreiben der Eisberge von den Nordpolargegenden nach dem Süden zusammen, nach einer anderen Meinung hat die folgende Ursache: Die Erwärmung des Kontinents wirkt aufsteigend auf die kühle Luft der Umgebung. Treffen dann die Luftströme aus dem Nordosten ein, so wird heftige kühle Witterung hervorgerufen, die zu Nachfrosten führen kann. Da wir in diesem Jahre eine besonders troche Zahl Nachfroste aus der Wärme des Frühlings in die Winterkälte hatten, ist anzunehmen, daß die Eisstromer früher als sonst an uns vorbergezogen sind und daß sie uns jetzt mit ihrem Besuch verschonen werden.

II. Kindersport. In vergangener Nacht 11.9 Uhr traf, von Basel kommend, ein Sonderzug mit Kindern aus Norddeutschland hier ein und fuhr 12.02 Uhr über Schwenningen-Franfurt nach Halle (Saale) weiter. Die Kleinen, Knaben und Mädchen im schulpflichtigen Alter, hatten einen zweimonatigen Erholungsurlaub in Orten des Kantons Tessin in der Schweiz hinter sich und feierten nun nach der Heimat zurück. Hier entfiel eine Anzahl Kinder dem Sonderzug — 20 von München, 5 von Rottenburg am Neckar — die mit den Fruhkutschern unter Aufsicht einer Rotkreuzschwester die Weiterfahrt antraten.

Goldene Hochzeit. Am heutigen Donnerstag feiert Ministerialdirektor a. D. Geh. Rat Dr. Fecht seine goldene Hochzeit. Geh. Rat Fecht entstammt der vielverzweigten Familie Fecht und hat diese Jahre hindurch im Elsaß gewirkt. Die Straßburger Universität verlieh ihm den 78-jährigen im Jahre 1910 die Ehrendoktorwürde. Fecht feiert heute ihre goldene Hochzeit Revisor a. D. Hermann Wille, 85 und dessen Gemahlin, beide in körperlicher und geistiger Blutigkeit. Die Erneuerung des Ehegelubnisses findet heute vormittag bei dem Gottesdienste um 9 Uhr in der Liebfrauenkirche in feierlicher Weise statt. Herr Wille hat sich um das Vereinswesen der Städt, besonders um den Kirchenchor, große Verdienste erworben.

Der Patentrechtliche zwischen Deutschland, Lettland und Litauen wird am 15. Mai neu aufgenommen. Es sind zunächst nur gewöhnliche Postpakete ohne Nachnahme bis 10 Kg. Gewicht zugelassen.

IV. Verkehrsperren. Geperst ist Annahme von Frachtpaketen nach München-Bladach, Ort und Umladestelle, sowie Eil- und Frachtpost (Stück- und Wagenladungen) an die Vulkanwerke Bahnhof Vulkan-Brudon.

Vorterritorium. Nr. 45 118 hat den 1. Hauptgewinn mit 1 000 000 in der Wochenspielfablotterie. Der Treffer fiel hierher wie aus dem Bankhaus Gok mittelst (ohne Gewah.).

— Neue Kirchenloden für Mulburg. Wie bekannt, veranstaltet die Evangelische Kirchengemeinde Karlsruhe-Mulburg am Ende dieser Woche in samtlichen Räumen ihres Gemeindehauses in den „Drei Linden“ einen großen Bazar, dessen Reinertrag mitteilen soll, die zum Ankauf neuer Kirchenloden für die Karl-Friedrich-Gedachtnistage notwendigen Geldmittel aufzubringen. Erreichte

wiese sind bis jetzt bereits hubische Gaben gegeben worden an Geld und Ware. Herr Stadtpfarrer Schulz erzählt von manchem Erlebnis, das beweist, daß Freigebigkeit und Opferwilligkeit in unserer Bevölkerung noch nicht ausgestorben sind. So kam unlängst — um nur ein Beispiel anzuführen — ein armes altes Mütterlein zu ihm und übergab ihm für den Bazar eine große gehakelte Tischdecke mit dem Bemerkten, es spreche sie, weil es nicht in der Lage sei, Geld zu geben; die Frau brauchte lange Zeit zur Fertigstellung der Handarbeit. Haushaltsgegenstände aller Art, Kleidungsstücke, Schuhe, Bücher, Bilder sind an den einzelnen Sammelstellen abgeliefert worden, aber der Ertrag aus ihrem Verkauf reicht noch lange nicht aus, um einen guten finanziellen Erfolg der Veranstaltung garantieren zu können. Weitere Gaben werden, wie bereits aus dem Angelegentlich ersichtlich war, in den „Drei Linden“ von eigens dazu beauftragten Personen in Empfang genommen.

(I) Wiederabend zur Laute. Wir möchten nicht verfehlen, auf den heute Donnerstagen 11. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Eintrachtskaffee stattfindenden Wiederabend zur Laute von Ludw. Eglar aufmerksam zu machen. Karten sind noch an der Abendkasse zu haben.

(II) Im Kaffee Saal findet heute Donnerstag abend 8 1/2 Uhr ein großes Konzert der Kunstlerkafel Gumpel statt.

(III) Bühne und Welt. Das Ministerisch ausgetattete Plakat von Hermann Waller, einem Schüler von Professor Schwarzenberger, ist nunmehr fertiggestellt und wird zum Ausklang gebracht. Der Vorverkauf der Eintrittskarten, für den sich schon von hier und auswärts eine rege Beteiligung kumigelt, beginnt Donnerstag den 11. d. M. an der Kasse des Landesheimers, sowie dessen famlichen Vorverkaufsstellen, der Stadtgartenvereinnehmer Brönner und der Musikalienhandlung Fritz Müller.

Turnen / Spiel / Sport.

Ein neuer Leichtathletikverein in Karlsruhe. In Karlsruhe wurde dieser Tage ein Leichtathletikverein gegründet, um den in Karlsruhe etwas kleimutterlich behandelten Leichtathletiksport zu pflegen. In erster Linie sind Propagandavorstellungen und Wettkämpfe ins Auge gefaßt, die durch lebhaften aktiven Betrieb gefördert werden sollen. Neben Leichtathletik soll vor allem der Bergsport und Klettern, im Winter Skilauf und Handballspiel betrieben werden. Der Verein verfügt bereits über eine ganz stattliche Anzahl von Mitgliedern.

+ Turnhalleerweiterung und Werbesportturnen in Stuyperich. Am vergangenen Sonntag hatten sich zahlreiche Vereine des Karlsruhe Turnganges mit 14 verschiedenen Abteilungen in Stuyperich eingeladen, um mit ihren dortigen Turngenossen die Feiern der Turnhalleerweiterung zu begehen und bei dem Werbesportturnen mitzuwirken. Punktilich um 12 Uhr marschierte der Führer der herrlichsten Turnvereine, Königswald, Herr A. Becker, mit seinen Begleitern, die Turngenossen, Gaunersmann, Herr Gemeindevorsteher unter Hinweis auf die hohe Bedeutung des Tages für die Geschichte des Turnvereins Stuyperich. Nach 14jahrigen, unablassigen Schaffen und Wirken, ist es nun endlich gelungen, den Turnern ein eigenes, wenn auch bescheidenes Heim zu geben und so hat die Arbeit der vorhergehenden Jahre ihren gerechten Lohn erhalten. Der langjährige vordere Vorstand, Herr Joh. Schneider, übergab alsdann die Turnhalle dem jetzigen Vorstand, der seit wiederum der Obhut des Turnwarts, Herrn Seidel, ubertraut. Nachdem der 1. Gauverreter des Karlsruhe Turnganges, Herr Schmidt, die Glückwünsche der Gauleitung und Gauvereine übermittelt hatte, wurde mit den turnerischen Vorführungen begonnen, deren Leitung der Bezirksturnwart Haas übernahm. In kurzer Reihenfolge zeigten sich den zahlreichen Zuschauern die verschiedenartigsten Leistungen an den Geräten, wie auch Freileisten, Stäb- und Reckleistungen. Dem Wirken der Schüler und Schülerinnen, von dem Abhängen der Turner und Turnerinnen, wurde in musterghingiger Weise Zeugnis abgelegt. Die Einwohnerschaft gab ihrem regen Interesse an dem Bestehen ihres Turnvereins durch zahlreiches Erscheinen Ausdruck.

Karlsruher Strafkammer.

Karlsruhe, 10. Mai. Sitzung der IV. Strafkammer; Vorsitzender Landgerichtsdirektor Wolf.

Der 25 Jahre alte Angeklagte Gottlieb Göbel, Schuhmacher aus Ruit, zuletzt wohnhaft in Bruchsal, hatte sich im Laufe des vergangenen Jahres 11 Betrugsfälle zu Schulden kommen lassen. Göbel veranlaßte durch seine Verfügungen und sein Auftreten mehrere Tabakfabrikanten und Händler, ihm Zigarren, Zigarretten usw. auszuhändigen, indem er ihnen vorgab, die Waren sofort zu bezahlen, während er in Wirklichkeit vollständig zahlungsunfähig war und nach Lage seiner Verhältnisse, wie in der Urteilsbegründung ausgeführt wurde, auch nicht die Möglichkeit hatte, zu bezahlen. Die Tabakwaren verkaufte Göbel wieder an Kleinhändler und Wirte, um mit dem Erlös seine Gläubiger befriedigen zu können, was ihm aber nicht gelang. In allen Fällen handelte es sich nur um kleinere Beträge bis etwa 3 000 M. Um seine Kreditfähigkeit zu beweisen legte der Angeklagte in zwei Fällen den Verkäufern quittierte Rechnungen anderer Firmen vor, die er selbst gefälscht hatte. Schließlich war Göbel angeklagt, daß er in der Zeit seit Mai 1921 ohne die erforderliche bezirksamtliche Erlaubnis zu besitzen, in Baden und Württemberg, insbesondere in Bruchsal Tabakwaren an- und verkauft hatte, und endlich, daß er als Kaufmann nicht die nötigen Bücher geführt habe. In der Verhandlung wurden 13 Zeugen und ein Sachverständiger vernommen, wovon letzterer den Angeklagten als geistig minderwertig bezeichnete. Der Gerichtshof sprach gegen Göbel wegen Betrugs in 11 Fällen, davon zwei in Tateinheit mit Privatfurkundenfalschung, wegen unerlaubten Handels mit Tabak, Vergehens gegen die Verordnung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel, Vergehens gegen die Konkursordnung unter Jubilierung mildernder Umstände eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren aus, wovon drei Monate als durch die Untersuchungshaft verbuhrt gälten. Außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren aberkannt. Von der Urteilsstrafe erhaltene hatte mangels genügenden Beweises freigesprochen.

Aus aus den Standesbuchern Karlsruhe.

Eheaufhebungen. 9. Mai: Wilh. Schorpp von Durlachheim, Fabrikarbeiter hier, mit Emma Drech von Gochheim; Karl Guggolz von Sulzbach, Redner hier, mit Anna Scherle von Königsbach; Franz Schneider von hier, Wegbauingenieur hier, mit Emma Hubisch von hier; Paul Huber von hier, Schriftführer hier, mit Johanna Weiz von hier; Hugo Mall von Stein, Rm. hier, mit Frieda Bly von hier; Josef Daringer von Oberzimmern, Hilfsarb. hier, mit Lina Kaufs, geb. Wagner, von Weiental; Jakob Wanner von Grombach, Feldwebel in Konstanz, mit Luise Reich von hier; Karl Seiler von hier, Rm. hier, mit Johanna Reile von Offenbura; Rudolf Scholze von Göppingen, Gasmotorengehilfe hier, mit Maria Galm von Reutlingen; Adolf Ebel von hier, Schreiner hier, mit Hilda Steindl von Mülheim; Christian Diehl von hier, Urmacher hier, mit Emma Schumann von Schmerzbach; Robert Weill von hier, Bahnarzt in Seibelsberg, mit Grete Karlsruher von Seibelsberg.

Geburten. 4. Mai: Alois Gerber, Vater: Dr. Johannes Kintler, Professor; 5. Mai: Fritz Mattheis, Vater: Walter Zeilenborn, Rm.; Rote, Vater: Josef Hubert, Wagner; Karl Josef, Vater: Karl Kinner, Kaminlastler; Franz Wilhelm, Vater: Wilhelm Ketterer, Kassenmeister; Gertrud Elisabeth, Vater: Alois Grimm, Raffensieder; 6. Mai: Elfride, Vater: Ant. Adelmann, Oberlastler; Selmut Christian, Vater: Arthur Wittemann, Feinmechaniker; 7. Mai: Alfred Berthold, Vater: Alfred Fischer, Steinbruder; 8. Mai: Erna Pauline, Vater: Otto Schmidt, Volkshauswart; Erta Gertrud, Vater: Robert Jensen, Maschinenlastler.

Todesfälle. 9. Mai: Wilhelmine Neumann, Ehefrau von G. Neumann, Werkmeister, 65 Jahre alt; Amalie Heeger, Ehefrau von August Heeger, Postassistent, 49 Jahre alt.

Beerdigungsgel und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Donnerstag 11. Mai. 3 Uhr: Heeger, Amalie, Postassistentens-Ehefrau, Wilhelmine 65.

Wer an Hühneraugen leidet,

hule sich mit dem Völlig gefahrlos, dabei erstaunlich schnell wirkend, ist das in allen Drogerien und Apotheken erhältliche **Hühneraugen - Lebewohl**, während Hornhaut auf der Sohle durch **Lebewohl - Ballen - Scheiben** vordrullend schnell entfernt wird. Kein Verrutschen, kein Festkleben am Strumpf. Blechdose Mk. 6.— und 10.—. **Drogerie Gottl. Ellinger**, Kaiser-Allee 65, **Drog. Th. Walz**, Kurvenstrasse 17. A460

